

Mehr oder weniger als fünf Prozent - ist das wirklich die Frage?

(More or less than five per cent - does that really matter?)

Zusammenfassung

Erschienen in:

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 51, 1999, 565-582.

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

In der politischen Rhetorik wie der wissenschaftlichen Diskussion nimmt die wasted vote-These eine prominente Stellung ein. Neben ihrer Popularität sprechen auch empirische Analysen für die Stichhaltigkeit dieses Arguments. Letztere erscheinen jedoch insofern defizitär, als sie die implizite Kausalaussage der wasted vote-These vernachlässigen. Diese wird im vorliegenden Beitrag untersucht; dabei erweist sich die diskutierte These in bivariater Betrachtungsweise als empirisch fundiert. In multivariaten Modellen stellt sich jedoch heraus, daß die vermeintlich taktischen Überlegungen entspringenden Konstellationen aus Wahrnehmungen und Verhaltensabsichten ebensogut mit sozialpsychologischen Rationalisierungsmechanismen erklärt werden können. Dieser Befund nährt Zweifel an der empirischen Bedeutung von wahrgenommenen Wahlchancen auf das Stimmverhalten und könnte als Anlaß dienen auch andere Formen taktischen Wahlverhaltens einer solchen Prüfung zu unterziehen.

Abstract

In Germany, the wasted vote thesis is quite popular both in political science and among politicians. This widely held view is underpinned by empirical evidence which suggests that it makes a difference how a voter perceives the electoral prospects of his preferred party. In this contribution, however, we discuss whether the usual approach to test the wasted vote thesis is adequate. In particular, we argue that seemingly convincing empirical evidence in favour of the thesis might be interpreted in terms of psychological rationalization. Multivariate analyses reveal that this theoretically reasonable suspicion is empirically justified because the effect of the perceived electoral prospects vanishes if it is controlled for party identification. These results lead us to the conclusion that political parties need not pay as much attention to campaign efforts referring to their electoral prospects as they usually do. Additionally, our findings suggest that it may be promising to apply the argument presented in this contribution to other electoral settings.

I. Einleitung

„Jetzt mit Sicherheit! [...] Ihre Zweitstimme für die F.D.P. ist nicht verloren“ (Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15.10.1994, S. 4). Mit diesen Kernsätzen suchte die ‚Libérale Initiative Berlin‘ kurz vor der Bundestagswahl 1994 die Stimmbürger dazu zu bewegen, ihre Zweitstimme der FDP anzuvertrauen. Zur Untermauerung ihrer Behauptung führten die Initiatoren dieser Werbekampagne diverse Umfrageergebnisse an, die belegen sollten, daß „die Absicht der Wähler, ihre Zweitstimme der F.D.P. zu geben, über der Fünfprozent-Grenze“ (ibid.) liege.

Eine solche Werbeanzeige stützt sich auf die Überlegung, die Stimmbürger machten ihre Wahlentscheidung nicht allein von ihren politischen Präferenzen abhängig, sondern bezögen daneben ihre Einschätzungen der Erfolgsaussichten der politischen Parteien in ihr Kalkül ein. Als entscheidend wird dabei jedoch nicht die subjektive Prognose angesehen, welche Partei aus dem bevorstehenden Urnengang als Sieger hervorgehen werde, an die der wohlbekanntes Mitläufereffekt (vgl. Simon 1957) geknüpft ist, der sämtliche Wähler eher dem voraussichtlichen Sieger zuneigen läßt. Vielmehr beschränke sich der hier diskutierte Effekt auf die Anhänger von Parteien, die um den Einzug in den Deutschen Bundestag zu fürchten hätten, und von Belang sei deren Einschätzung, ob die präferierte Partei berechnete Aussichten habe, in den Bundestag zu gelangen, also mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen oder wenigstens drei Direktmandate zu erringen. Sofern die Stimmbürger diesen Eindruck gewönnen, folgten sie an der Wahlurne ihrer politischen Präferenz; erweise sich eine Gruppierung hingegen als nicht aussichtsreich in dieser Hinsicht, so würden dies deren Anhänger mit Stimmentzug bestrafen. Folglich sei es für Parteien, die um ihre parlamentarische Existenz zu bangen haben, empfehlenswert, in der Wahlpropaganda möglichst erfolgversprechend zu erscheinen.

Damit unterstellt die politische Rhetorik den Wählern implizit taktisches Wahlverhalten (siehe zur Begrifflichkeit etwa Galbraith/Rae 1989: 126, Cox 1984: 726; eine etwas abweichende Interpretation liefert Catt 1989: 549); konkret steht mit der sog. wasted vote-These dessen wohl populärste Variante zur Diskussion, die annimmt, die Wähler wollten unter keinen Umständen eine Stimme verschenken, weshalb sie nur für solche Kandidaten und Parteien zu votieren gewillt seien, die eine realistische Aussicht auf den Erfolg, in unserem Falle auf den Parlamentseinzug, hätten. Die lange Tradition einer These kann jedoch ebensowenig wie ihre Verbreitung in der politischen Rhetorik für ihre empirische Stichhaltigkeit bürgen. Diese kann einzig eine systematische Prüfung nachweisen. Im

Gegensatz zu einigen anderen Nationen fehlen für die Bundesrepublik derartige Untersuchungen fast vollständig (Ausnahmen bilden Fisher 1973, Thurner/Pappi 1998). Diese Lücke für Wahlen zum Deutschen Bundestag zu schließen ist das Ziel dieses Beitrages. Dabei werden wir uns allerdings nicht darauf beschränken, das aus anderen Analysen bekannte Untersuchungsdesign zu replizieren, sondern die Angemessenheit der bisher üblichen Herangehensweise theoretisch diskutieren und empirisch überprüfen.

Die weiteren Ausführungen gliedern sich in fünf Abschnitte. Zunächst werden wir in theoretischer Perspektive die Argumentation hinter der wasted vote-These herausarbeiten und deren theoretischen Stellenwert in der Forschung diskutieren. Anschließend werden wir uns mit der Messung taktischen Wahlverhaltens im Sinne dieser These beschäftigen, ehe wir nach einer kurzen Beschreibung der zugrundeliegenden Daten und der Operationalisierung daran gehen werden, dieses Argument und die konventionellen Meßmethoden auf den empirischen Prüfstand zu stellen. In einem Schlußabschnitt werden wir die zentralen Ergebnisse zusammenfassen und deren Konsequenzen für die Forschung und die politische Praxis diskutieren.

II. Taktisches Stimmverhalten in theoretischer Perspektive

Indem das wasted vote-Argument als Spezialfall taktischen Wahlverhaltens unterstellt, die Wahrnehmung der Erfolgsaussichten der verschiedenen parteipolitischen Angebote am politischen Markt beeinflusst das Stimmverhalten der Bürger bei Bundestagswahlen, geht es von einem ganz bestimmten Menschenbild aus. Einerseits bringt der Wähler in dieser Stilisierung eine ganze Reihe kognitiver Voraussetzungen mit, andererseits ist er mit einer bestimmten Motivstruktur ausgestattet (vgl. allgemein dazu Cox 1997: 76-79).

In der ersten Hinsicht wird vorausgesetzt, daß der Stimmbürger Erwartungen über die Wahlaussichten der einzelnen Bewerber bildet. Diese können sich aus sehr unterschiedlichen Quellen speisen. Erstens kann der Bürger Ergebnisse früherer Wahlen heranziehen. Dabei ist zum einen danach zu unterscheiden, ob nur Urnengänge der gleichen Ebene, in unserem Falle nur Bundestagswahlen, als Grundlage für Projektionen dienen, oder über Ebenen hinweg Erwartungen gebildet werden. Zum anderen läßt sich auf der zeitlichen Dimension danach differenzieren, ob lediglich der jüngste Urnengang als Referenzpunkt dient oder mehrere zurückliegende Wahlen, etwa in Gestalt längerfristiger Trends, zur Erwartungsbildung beitragen. Zweitens stehen die Befunde aktueller Meinungsumfragen als Richtwerte zur Verfügung, denen, verfolgt man die politische Diskussion, ein weit größerer Effekt

zugeschrieben zu werden scheint als den Resultaten früherer Wahlen (siehe etwa Hanfeld 1994). Gleichgültig, welcher der beiden Quellen tatsächlich das größere Gewicht zukommt, setzt eine solche Genese von Erwartungen die Kenntnisnahme von Wahlergebnissen oder Umfragen und deren Verknüpfung mit einem anstehenden Urnengang voraus. Da der Wahrnehmung von Informationen eine gewisse Aufmerksamkeit für den betreffenden Gegenstand vorausgehen muß, unterstellt die These mithin implizit ein nicht allzu geringes Maß politischen Interesses auf seiten der Bürger.

Eines ebensolchen bedarf ein Bürger, um die zweite kognitive Voraussetzung für taktisches Wahlverhalten im Sinne der wasted vote-Hypothese zu erfüllen. Denn die Spekulationen zu den Erfolgsaussichten stellt der Wähler nicht als Selbstzweck an; vielmehr holt er diese Information ein, um sie mit den Bestimmungen des Wahlsystems in Beziehung zu setzen. Damit er dieses Kalkül anstellen kann, muß der Stimmbürger folglich auch das Wahlrecht zumindest in seinen Kernelementen kennen. In bezug auf Wahlen zum Deutschen Bundestag erscheint es für die Wähler wichtig zu wissen, daß sie zwei Stimmen haben und wie diese in Mandate übertragen werden. Hinsichtlich der Erststimme sollte bekannt sein, daß jener Direktkandidat obsiegt, der die relative Mehrheit an Erststimmen im lokalen Wahlkreis auf sich zu vereinigen vermag. Hinsichtlich der Zweitstimme ist von zentraler Bedeutung, daß nur jene Parteien an der proportionalen Sitzverteilung gemäß den Zweitstimmenanteilen teilnehmen, die mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen im gesamten Wahlgebiet erreichen oder deren Direktkandidaten mindestens drei lokale Wahlkreise gewinnen können. Schließlich sollten sich die Wähler bewußt sein, daß die Zweitstimme insofern die wichtigere Stimme ist, als - sieht man von der Grundmandatsklausel und etwaigen Überhangmandaten ab - allein sie über die parteipolitische Zusammensetzung des Bundestages entscheidet. Da die Funktionsweise des bundesdeutschen Wahlsystems weit weniger bekannt ist (vgl. Schüttemeyer 1986: 127-132; Schmitt-Beck 1993: 396), als es die Selbstverständlichkeit vermuten ließe, mit der die These von der verschenkten Stimme vertreten wird, scheinen bereits an dieser Stelle Zweifel an deren empirischer Relevanz berechtigt.

Damit diese kognitiven Voraussetzungen einen Effekt auf das Wahlverhalten zeitigen können, müssen die Wähler schließlich mit einem Motivationsmuster ausgestattet sein, das sie dazu bringt, die Prognosen mit den Regularien des Wahlsystems zu vergleichen und daraus Schlußfolgerungen für die Stimmentscheidung zu ziehen. Die entsprechende motivationale Disposition läßt sich am besten als kurzfristig instrumentell charakterisieren (vgl. Downs 1957: 3-20, 36-50; Cox 1997: 77; vgl. für eine Fundamentalkritik dieses Zugangs zur Erklärung von Wahlverhalten Meehl 1977: 11-30). Die Wähler dürfen also weder rein

expressiv für eine Partei stimmen noch ein langfristiges Kalkül verfolgen. Dieses könnte sie die kurzfristige Aussichtslosigkeit zugunsten der Steigerung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit einer politischen Formation ignorieren lassen. Jenes würde die Wähler gegen Überlegungen zu den Wahlaussichten ihres favorisierten Angebots immunisieren. Statt dessen müssen die Wähler allein darauf achten, ihr Votum effektiv einzusetzen und keine Stimme zu verschenken.

Gestützt auf diese Annahmen, erlaubt das institutionelle Arrangement bei Bundestagswahlen, das dem Bürger zwei Stimmen zur Verfügung stellt, die in prinzipiell separate Verrechnungsprozeduren einfließen, zwei Varianten der These von der verschenkten Stimme zu formulieren. Die erste bezieht sich auf den Erststimmenbewerb im lokalen Wahlkreis. Hier lauert die Gefahr, seine Stimme zu verschenken, in zweierlei Gestalt. Zum einen könnte man für einen Kandidaten votieren, der keine Chance hat, die relative Mehrheit zu erringen. Zum anderen können Voten für turmhoch überlegene Bewerber, die etwa mit 60% der Stimmen die Oberhand behalten, verschwendet erscheinen (vgl. Spafford 1972: 132). Entsprechend sollten die Sympathisanten dieser Bewerber, deren Wahlaussichten sie derart einschätzen, von ihrer politisch begründeten Präferenz abweichen. Auf die Zweitstimmenvergabe läßt sich nur eines der beiden Argumente analog anwenden. Denn während beim Erststimmenbewerb ein Sieg mit 33% der Stimmen ebenso nur ein Mandat einbringt wie ein 70%-Triumph, schlagen sich zusätzliche Zweitstimmen unter der Proportionalitätsregel stets in einem höheren Sitzanteil nieder, solange eine Partei am Verhältnisausgleich teilnehmen darf. Folglich kann nur bei Parteien, deren Chancen, die Fünfprozenthürde zu überwinden oder die Grundmandatsklausel zu nutzen, ungewiß erscheinen, die Furcht, eine Stimme zu verschenken, eine Rolle spielen. Konkret sollten Anhänger solcher Gruppierungen, die sie an der Sperrklausel scheitern sehen, diesen den Rücken zukehren und ihre Stimme einem der aussichtsreichen Angebote zufallen lassen. Dagegen sollten die Sympathisanten der gleichen Partei, die von deren Parlamentseinzug überzeugt sind, keinen Grund haben, an der Wahlurne die Farben zu wechseln.

Die Diskussion um die empirische Relevanz der skizzierten Argumentation hat bisher zahlreiche optimistisch stimmende Resultate hervorgebracht. So konnten Fisher (1973) für die Bundesrepublik, Black (1978) für Kanada und Cain (1978) für Großbritannien ebenso strategisches Wahlverhalten nachweisen, wie es Gunther (1989: 841-843) für spanische Parlamentswahlen und Abramson u.a. (1992) für US-amerikanische Vorwahlen gelang. Da neuere Befunde von Blais und Nadeau (1996: 45) für Kanada sowie von Kim und Fording

(1998) für Großbritannien ähnlich positiv ausfallen, scheint strategisches Wahlverhalten unter verschiedenen institutionellen Bedingungen verbreitet zu sein.

Die Implikationen dieser optimistischen Ergebnisse sind schwerlich zu übersehen. Erstens sind sie geeignet, einer Charakterisierung des Wahlvolks als Schar aufgeklärter Bürger wissenschaftliche Weihen zu verleihen und auf diese Weise den Glauben an die Rationalität demokratischer Entscheidungsprozesse zu untermauern (siehe Rattinger 1980). Zweitens berühren sie das Parteiensystem, das wesentlich über die Zahl der Parteien und deren Beziehungen untereinander bestimmt ist (siehe etwa Jesse 1997: 60). Letzteres ergibt sich daraus, daß ein solches Bild vom Wähler impliziert, er votiere nicht auf Grund langfristiger Überzeugungen oder habituell immer für die gleiche Partei, sondern er treffe vor jedem Urnengang seine Entscheidung ganz bewußt von neuem. Die Parteien können sich also der Voten nicht sicher sein und müssen stets neuerlich darum werben; da das Argument unterstellt, die Wähler reagierten auf schlechte Wahlchancen mit Stimmentzug, liegt auf der Hand, daß die Partieliten bemüht sein müssen, nicht nur inhaltlich überzeugende Vorschläge vorzutragen, sondern vor allem sämtliche Veröffentlichungen, die einen ungünstigen Eindruck von ihren Erfolgsaussichten nähren könnten, zu verhindern oder diesen optimistische Bewertungen entgegenzustellen.

Die Verknüpfung taktischen Wahlverhaltens mit der Zahl der Parteien ist untrennbar mit dem Namen Maurice Duverger verbunden. Duverger (1959: 238) unterscheidet psychologische von mechanischen Wahlsystemeffekten, wobei er unter diesen Differenzen in der Zusammensetzung des außer- und innerparlamentarischen Systems versteht, die unzweifelhaft dem Stimmverrechnungsverfahren geschuldet sind (vgl. Rae 1971, Taagepera/Shugart 1989, Jones 1993, Lijphart 1994). Jene bestehen darin, daß die Wähler diese zur Kenntnis nehmen und ihr Stimmverhalten entsprechend ändern. Auf diese Überlegungen gestützt, argumentiert Duverger (1959: 238-241), zahlreiche Befunde und Behauptungen bündelnd (vgl. Riker 1982: 755-757), die Stimmverrechnung bei der relativen Mehrheitswahl im Einerwahlkreis billige nur zwei Parteien realistische Siegesaussichten zu, so daß die Anhänger kleiner Drittparteien darauf verzichteten, ihrer politischen Neigung zu folgen, und statt dessen für eine der beiden großen Gruppierungen stimmten. Diese psychologischen Wirkungen sorgten dafür, daß sich in diesem institutionellen Gefüge in der langen Frist ein Zwei-Parteiensystem herausbilde. Dagegen benachteiligten Verhältnis- und absolute Mehrheitswahlsysteme kleine Parteien nicht; da es keine kontraktiven mechanischen Effekte gebe, resultierten keine psychologischen Wirkungen, so daß sich ein Vielparteiensystem entfalten könne (vgl. Duverger 1959: 252-266). Zwar haben sich die Duvergischen Thesen als zu holzschnittartig

erwiesen (vgl. Shively 1970: 117, Cox 1994: 611-612), beispielsweise wird mittlerweile allen Stimmverrechnungsmodi eine graduell unterschiedliche kontraktive Wirkung auf die Zahl der Parteien zugeschrieben (vgl. Leys 1959: 139; Sartori 1968: 278, als formale Fundierung Gibbard 1973, Satterthwaite 1975); doch ändern diese Verschiebungen nichts daran, daß taktisches Wahlverhalten ein entscheidendes Glied in der Argumentationskette, die das Wahlsystem mit der Zahl der Parteien verknüpft, bildet.

Zusammengenommen sind mit Untersuchungen zur empirischen Stichhaltigkeit der wasted vote-These zahlreiche Konsequenzen verbunden. Im Falle eines negativen Befundes wäre die empirische Wahlforschung auf ihrer Suche nach dem rationalen Wähler um eine Enttäuschung reicher. Zweitens könnten die bundesdeutschen Parteien unbesorgt von Versuchen Abschied nehmen, den Eindruck zu erwecken, die Fünfprozenthürde überwinden zu können. Drittens wäre nach alternativen Erklärungen für den empirischen Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Parteiensystem zu suchen.

III. Zur Messung taktischen Wahlverhaltens

Nachdem wir uns des theoretischen Stellenwerts der hier diskutierten Variante taktischen Stimmverhaltens vergewissert haben, wollen wir uns nun der empirischen Messung solcher Wahlsystemeffekte auf individuelle Entscheidungen in der Bundesrepublik zuwenden. Hält man sich an die Usancen (vgl. etwa Blais/Nadeau 1996: 40-44), derartiges taktisches Wahlverhalten zu erfassen, ist folgender Weg einzuschlagen.¹ Zunächst sind die Anhänger der einzelnen Parteien anhand aktueller Sympathiebekundungen gegenüber den politischen Gruppierungen zu ermitteln. Gestützt auf diese Klassifizierung, wird innerhalb der ermittelten Anhängerschaften nach der individuellen Einschätzung der Wahlchancen der entsprechenden Partei und der Wahlabsicht gefragt. Sofern die Probanden angeben, sie schätzten die Erfolgsaussichten ihrer Partei schlecht ein und würden für eine andere Gruppierung votieren, gelten sie als taktische Wähler, die versuchen, keine Stimme zu verschenken. Damit ist die wesentliche Arbeit bereits geleistet, denn nun muß nur noch die quantitative Bedeutsamkeit

¹ Einige Arbeiten verlassen die der Fragestellung am besten angemessene Individualebene und betrachten aggregierte Wahlkreisergebnisse (vgl. etwa Johnston/Pattie 1991). Ferner liegen Untersuchungen vor, die taktisches Wahlverhalten mittels der direkten Frage nach den Wahlmotiven zu erfassen suchen, was problematisch erscheint, da nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Methode das zu untersuchende Verhalten erst produziert (vgl. Niemi u.a. 1992, 1993 und Evans/Heath 1993).

dieser Spezies von Wählern ermittelt werden, indem man deren Anteil am gesamten Wahlvolk errechnet.

Auf den ersten Blick erscheint diese Vorgehensweise schlüssig. Dies gilt jedoch nur, solange man annimmt, die Vergabe des Etiketts ‚taktischer Wähler‘ sei der Lohn für die bloße Koinzidenz der Präferenz für eine Partei, einer schlechten Einschätzung deren Erfolgsaussichten sowie der Wahl einer anderen Gruppierung. Anders als es diese Betrachtungsweise glauben zu machen sucht, wird zwischen der Wahrnehmung der Wahlchancen und der Wahlabsicht nicht eine bloße Koinzidenz, sondern eine Kausalbeziehung postuliert. Die Stimmbürger, so wird unterstellt, votieren für ein anderes Angebot, weil sie ihrer ersten Präferenz ungünstige Wahlaussichten zuschreiben. Die Kategorisierung als ‚taktischer Wähler‘ beruht mithin auf einer Kausalaussage, weshalb jene mit der empirischen Stichhaltigkeit dieser steht und fällt. Ehe man dazu übergehen kann, die Wähler, die angeben, die Chancen ihrer Partei schlecht einzuschätzen und eine andere Partei wählen zu wollen, als taktisch kalkulierend zu titulieren, ist es folglich unerlässlich, die Wirkung der wahrgenommenen Erfolgsaussichten der präferierten Partei auf die Neigung, zu einer der aussichtsreichen Gruppierungen abzuweichen, nachzuweisen. Gelingt es nicht zu zeigen, daß die Anhänger einer Partei, die dieser keine Chance einräumen, die Fünfprozenthürde zu überwinden, systematisch häufiger zugunsten einer aussichtsreichen Gruppierung votieren als jene, die die präferierte Partei sicher im Parlament sehen, zeitigen die perzipierten Wahlchancen nicht die postulierten Effekte und die These, die Wähler änderten ihr Stimmverhalten wegen ihrer Sorge, sie könnten eine Stimme verschenken, entbehrt einer empirischen Grundlage.

Diese Überlegungen legen eine simple Methode nahe, den Zusammenhang zwischen den perzipierten Erfolgsaussichten der präferierten Partei und der Wahlentscheidung am Beispiel der Fünfprozenthürde bei Bundestagswahlen empirisch unter die Lupe zu nehmen. Es gilt, die Anteilswerte der von ihrer aktuellen Parteipräferenz zu einer aussichtsreichen Gruppierung abweichenden Wähler unter den Anhängern mit einer optimistischen und einer pessimistischen Wahlprognose für die bevorzugte Partei zu vergleichen. Erweisen sich die Pessimisten als systematisch abweichungsgeneigter, spräche die Empirie für den insinuierten kausalen Konnex, andernfalls wären sehr ernsthafte Zweifel an der empirischen Stichhaltigkeit der untersuchten These anzumelden.

Avanciert die Relation der Anteilswerte zum entscheidenden Kriterium, schließt sich die Frage an, wie vertrauenswürdig die Resultate eines einfachen Vergleiches sein können. Zweifel daran nährt ein Blick auf die Zusammensetzung der Vergleichsgruppen. Wenden wir

uns zunächst den Personen zu, die im Einklang mit ihrer aktuellen Präferenz zu votieren gedenken und deren Chancen positiv bewerten. Vom Standpunkt der wasted vote-These aus ist diese Wahlentscheidung das Produkt der perzipierten günstigen Erfolgsaussichten. Das Zusammentreffen einer mit der gegenwärtigen Parteipräferenz übereinstimmenden Wahlentscheidung und einer günstigen Wahlprognose für die präferierte Gruppierung ist jedoch zugleich ein sehr starkes Indiz für das Vorliegen einer Parteiidentifikation und läßt einen Wechsel der Perspektive geraten erscheinen.² Folgt man dieser Interpretation, gilt allein die Parteiidentifikation als unabhängige Größe, die die Wahrnehmung zugunsten der entsprechenden Gruppierung färbt, also für deren gegenwärtige Bevorzugung und deren als günstig perzipierte Wahlaussichten verantwortlich ist, und das Wahlverhalten maßgeblich beeinflusst. Soweit dies zutrifft, handelte es sich bei der Kausalbeziehung zwischen wahrgenommenen Wahlaussichten und Stimmverhalten um eine von der Hintergrundvariable ‚Parteiidentifikation‘ induzierte Scheinkorrelation. An Brisanz gewinnt die Überlegung, prima facie als Beleg für taktische Wählerkalküle geeignet erscheinende Befunde könnten sich als Ergebnisse sozialpsychologischer Rationalisierungsmechanismen entpuppen, für die angemahnte Prüfung insofern, als sich die Parteiidentifikationseffekte zugunsten der wasted vote-These auswirkten. Denn der Effekt der Parteibindung führte zu einer systematischen Inflation des Anteils der konsistenten Wähler unter denjenigen Parteianhängern, die ihrer Gruppierung eine günstige Prognose stellen. Im Umkehrschluß sänke der Anteil der Abweichler in diesem Segment, so daß die entscheidende Differenz in der erwarteten Richtung anwüchse.

Betrachten wir vor diesem Hintergrund jene Befragten, die ihrer Partei keine Chancen auf einen Bundestagseinzug einräumen und nicht für diese votieren, liegt als weiterer Einwand auf der Hand, daß sich die als strategische Handlung interpretierte Abweichung von der aktuellen Parteipräferenz als Produkt einer psychologischen Bindung an die schließlich gewählte Gruppierung erweisen könnte. Denn sofern sich jemand einer Partei verbunden

² Die Anwendbarkeit dieses ursprünglich US-amerikanischen Konzepts (vgl. Campbell u.a. 1954, 1960) auf deutsche Verhältnisse vor wie nach der Wiedervereinigung wurde hinlänglich belegt, so daß an der theoretischen Stichhaltigkeit dieser Argumentation kaum Zweifel aufkommen dürften. Vgl. für jene Phase Berger (1973, 1977), Falter (1977), Gluchowski (1978, 1983), Norpoth (1978) für die Zeit nach der Wiedervereinigung Rattinger (1994 a,b) und – eher skeptisch – Gabriel (1997). Alternative Konzeptualisierungen des Parteiidentifikationskonzepts, wie sie etwa Fiorina (1981: 84-105), Achen (1992) und Gerber/Green (1998) liefern, die der Parteineigung stärker politische Wurzeln zuschreiben, würden die hier vorgestellten Argumente und Analysen leicht modifizieren, jedoch im Kern intakt lassen.

fühlt, kann er zwar ab und an auch eine andere Gruppierung bevorzugen, jedoch wirkt die Identifikation fort, indem sie das Wahlverhalten zugunsten der Partei lenkt und die Umweltwahrnehmung entsprechend filtert. Folglich könnte wiederum eine Parteiidentifikation als Hintergrundvariable sowohl für die ungünstigen perzipierten Wahlchancen der präferierten Partei und die Abweichung von dieser an der Wahlurne verantwortlich sein. Und auch dieser sozialpsychologische Rationalisierungsmechanismus wirkte zugunsten der diskutierten These. Denn der Anteil der strategisch anmutenden Abweichler im skeptischen Teil der Anhängerschaft würde systematisch erhöht, so daß die entscheidende Differenz anstiege.

Nimmt man beide potentiellen Parteiidentifikationseffekte zusammen, können sie das Vorliegen strategischer Erwägungen auf seiten der Wähler als empirisch gesichert erscheinen lassen, obgleich diese tatsächlich keinerlei Gedanken darauf verwendet haben. Dies sei an einem hypothetischen Beispiel illustriert. Nehmen wir an, die optimistischen Anhänger einer an der Fünfprozentschwelle stehenden Partei stimmten geschlossen für ihre präferierte Gruppierung, während die pessimistischen Sympathisanten allesamt zu einer anderen Partei wechselten, deren Einzug als sicher gilt, so daß die entscheidende Differenz in der Abweichungsneigung ein Maximum von 100 Punkten erreicht. Nun könnte sich jedoch herausstellen, daß die erste Anhängergruppe ausschließlich Parteiidentifizierer der gefährdeten Partei umfaßt und die zweite nur Personen, die sich der schließlich gewählten Partei verbunden fühlen, so daß sich das taktisch anmutende Muster perfekt auf die Verteilung der Parteiidentifikationen zurückführen ließe. Und bei gleicher Erklärungsleistung sollte der Parteibindung in der Konkurrenz mit der Wahrnehmung der Wahlchancen der Vorzug gewährt werden, da sie die stärker generalisierte, zentralere, langfristig stabilere und kausal vorgelagerte Einstellung darstellt.

Es empfiehlt sich also, über eine Berechnung von Differenzen hinauszugehen und den Zusammenhang zwischen wahrgenommenen Wahlchancen und Stimmverhalten unter Kontrolle der möglichen Wirkungen von Parteibindungen zu analysieren. Übt in einem multivariaten Test die Wahrnehmung der Wahlchancen einen signifikant von Null verschiedenen Effekt auf das Stimmverhalten aus, kann die These, taktisches Wahlverhalten spiele eine Rolle, als gestärkt gelten. Verschwindet dagegen der Einfluß der perzipierten Erfolgsaussichten, ließen sich die bivariat entdeckten Indizien für taktisches Wahlverhalten als Produkte sozialpsychologischer Rationalisierungsmechanismen deuten. Entsprechend wären die bisher vorliegenden Befunde als optimistische Überschätzung des taktischen Geschicks der Wähler aufzufassen.

IV. Daten und Operationalisierung

Die hier diskutierte Variante taktischen Zweitstimmen-Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen ist auf der Individualebene angesiedelt, weshalb nur Umfragedaten zur Überprüfung geeignet sind. Um der These angemessen zu sein, müssen diese erstens Informationen über die gegenwärtige Parteipräferenz und die Wahlabsicht der Befragten enthalten. Zweitens sind Aussagen zu den Wahlchancen der präferierten Partei unabdingbar. Um der strikt individualistischen Strategie folgen zu können, empfiehlt es sich zudem, daß Einschätzungen der Probanden zu den Wahlchancen der übrigen Parteien vorliegen. Ferner sind für die angemahnten Kontrollen Informationen zur längerfristigen Parteineigung der Respondenten erforderlich. Für die ursprüngliche Bundesrepublik offerieren Datensätze zu den Bundestagswahlen 1983, 1987 und 1994 eine solche Konstellation;³ der letzte Urnengang erlaubte zwar die Einbeziehung der neuen Bundesländer, doch verzichten wir an dieser Stelle wegen der geringeren Verbreitung und Intensität von Parteineigungen in Ostdeutschland (vgl. Rattinger 1994a: 272-282, Falter/Rattinger 1997: 497-501) darauf und behalten solche Analysen künftigen Untersuchungen vor.

Als potentielle taktische Wähler aus Furcht, eine Stimme zu verschenken, kommen nur Anhänger von Parteien in Frage, deren Parlamentseinzug ungewiß erscheint, so daß Union und SPD a priori ausscheiden. Die Datensätze ermöglichen es, 1983 und 1987 die Sympathisanten der FDP und der Grünen auf ihre Reaktion auf Wahlsystemanreize zu untersuchen und 1994 zusätzlich die Anhänger der PDS unter die Lupe zu nehmen. Als Anhänger einer Gruppierung gilt, wer ihr die größte Wertschätzung, gemessen anhand von Sympathieskalometern⁴, entgegenbringt. Diese Sympathisanten⁵ bilden zugleich die Gesamtheit der untersuchten Befragten.

³ Wir verwenden hier die jeweils zweite Panelwelle der Bundestagswahlstudien 1983 (ZA-Nr. 1276) und 1987 (ZA-Nr. 1537) sowie für 1994 das Politbarometer West (ZA-Nr. 2546), aus dem wir neben der Blitzumfrage vor der Bundestagswahl die Septemberbefragung verwenden.

⁴ Die genaue Frageformulierung lautet: „Was halten Sie - so ganz allgemein – von den politischen Parteien? Sagen Sie mir es mir bitte anhand dieser Skala. +5 bedeutet, daß Sie sehr viel der Partei halten. –5 bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen.“

⁵ Respondenten, die zwei Parteien mit dem gleichen Skalometerwert an der Spitze ihrer Präferenzordnung sehen, haben wir von der Analyse ausgeschlossen.

Als Indikator für das tatsächliche Stimmverhalten ziehen wir die Antworten auf die Wahlabsichtsfrage⁶ heran. Daraus haben wir eine dichotome Variable gebildet, die taktisch interpretierbares Wahlverhalten indiziert. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist zum einen die Sympathie für eine der angesprochenen kleinen Parteien. Hinzukommen muß ein Zweitstimmenvotum für eine Partei, die als aussichtsreich gilt, ins Parlament einzuziehen. Ebenso wie die Quelle ist also auch die parteipolitische Zufluchtstätte dieser Wähler nicht beliebig. Wer beispielsweise die FDP präferiert, dieser aber den Sprung über die 5%-Hürde nicht zutraut und für eine subjektiv noch aussichtslosere Splitterpartei votiert, kann schwerlich als strategisch kalkulierend gelten. Aus diesen Gründen nimmt diese Variable immer dann den Wert Eins an, wenn der Befragte von der aktuellen Präferenz zugunsten von CDU/CSU oder SPD, deren Parlamentseinzug objektiv wie auch subjektiv unstrittig sein dürfte, oder einer anderen Partei, der der Proband explizit gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag eingeräumt hat, abzuweichen gedenkt. In allen anderen Fällen ist diese Variable Null.

Die übrigen Variablen lassen sich einfach kreieren. Die entscheidende Variable, die Einschätzung der Wahlchancen, wurde in den verwendeten Erhebungen dichotom erfaßt; die Befragten, konnten angeben, ob sie vom Parlamentseinzug einer Gruppierung ausgingen oder diesen für unmöglich hielten.⁷ Als Kontrollvariablen haben wir erstens eine Dummy-Variable erzeugt, die den Wert Eins annimmt, sofern ein Befragter längere Zeit der gegenwärtig präferierten Partei zuneigt⁸, ansonsten Null ist. Der zweite Kontrolldummy wird Eins, wenn ein Befragter, der eine gefährdete Partei bevorzugt, sich mit der tatsächlich gewählten identifiziert.

Damit steht das Instrumentarium bereit, der Frage der empirischen Stichhaltigkeit der These, die perzipierten Wahlchancen beeinflussen das Stimmverhalten, nachzugehen. Die Ausgangshypothese zu prüfen genügte es, Differenzen der Anteilswerte zu berechnen und

⁶ Die Frageformulierung lautet: „Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten in ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. (...) Welche Partei werden Sie wählen?“

⁷ Konkret wurde gefragt: „Wird die (Partei) in den Bundestag kommen oder wird sie nicht in den Bundestag kommen?“

⁸ Dafür wurde die klassische Parteiidentifikationsfrage herangezogen: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

diese auf statistische Signifikanz zu testen. Sobald jedoch mehrere Kontrollvariablen ins Spiel gebracht werden sollen, empfiehlt sich die multiple Regressionsanalyse als Instrument. Um die Vergleichbarkeit der Resultate zu sichern, werden wir bereits die bivariate Betrachtung mit Hilfe von Regressionen anstellen.

Dieses Verfahren könnte aus mehrererlei Gründen problematisch erscheinen. Erstens könnten die unabhängigen Variablen allzu eng miteinander verknüpft sein. Da sich der Multikollinearitätsverdacht in eingehenden Analysen jedoch als unbegründet⁹ erwiesen hat, können wir davon ausgehen, daß die Regressionsanalyse zuverlässige Schätzungen erbringt, und auf dieses Instrument zurückgreifen. Zweitens ist für die vorliegende dichotome abhängige Variable prinzipiell die logistische Regression linearen Modellierungen vorzuziehen. Da sich in unserem Falle die Häufigkeiten der abhängigen Variable jedoch nicht in den Grenzbereichen von weniger als 10% oder mehr als 90% bewegen, resultieren sehr ähnliche Ergebnisse, so daß wir ob der größeren Anschaulichkeit der Werte der linearen Regression diesen den Vorzug geben (vgl. etwa Urban 1993: 33).¹⁰ Drittens erfassen wir mit den beiden Dummy-Variablen für die Parteibindungen nicht deren gesamten Effekt. Denn theoretisch wirken Parteieigungen sowohl auf die Wahrnehmung der Erfolgsaussichten als auch auf die Wahlentscheidung. Indem wir die Parteieigungsdummies neben der Wahrnehmung der Wahlchancen als unabhängige Variablen plazieren, berücksichtigen wir nur den direkten Effekt auf die Neigung zur strategisch erscheinenden Abweichung. Dagegen vernachlässigen wir den indirekten Effekt, der vermittelt über die selektive Wahrnehmung der Wahlchancen auftritt. Um den Gesamteffekt der Parteibindungen zu erfassen, wäre es erforderlich, ein Pfadmodell zu schätzen. Da wir aber unser Hauptaugenmerk nicht auf die Wirkung der Parteieigung legen, sondern diese lediglich als Kontrollvariable einführen, erscheint das hier gewählte Design angemessen. Zudem erlaubten Pfadmodelle keine derart differenzierte Betrachtung der Wirkung von Parteieigungen auf die Wahrnehmung der Wahlchancen wie die im folgenden Abschnitt gewählte Darstellung.

⁹ Die stärkste bivariate Korrelation unter den unabhängigen Variablen beträgt 0,49, und in multivariater Perspektive werden die Toleranzschwellen nicht im entferntesten erreicht.

¹⁰ Die hier vorgelegten Analysen wurden zur Kontrolle mit Hilfe logistischer Regressionen gerechnet, die im Kern die gleichen Resultate erbrachten wie die hier vorgelegten linearen Regressionen, weshalb unsere Entscheidung für die letzteren auch empirisch gerechtfertigt erscheint.

V. Perzipierte Wahlchancen, Parteiidentifikation und Stimmverhalten - empirische Befunde

Unsere Argumentation läßt sich in zwei Teile aufgliedern. Erstens gehen wir von einer Beeinflussung der Einschätzung der Wahlchancen der verschiedenen Gruppierungen von langfristigen Parteibindungen aus. Zweitens soll eine Parteiidentifikation zugleich die Neigung, von der gegenwärtig präferierten Partei abzuweichen, beeinflussen. Ehe wir uns der zweiten und zentralen Frage zuwenden, wollen wir zunächst die wahrgenommenen Wahlaussichten inspizieren.

Ein erster Blick auf die Gesamtverteilung in Tabelle 1 enthüllt ausgeprägte parteipolitische Konjunkturschwankungen. 1983 galt der Einzug von FDP und Grünen als alles andere als sicher, was in ersterem Falle im Koalitionswechsel infolge der Implosion der sozial-liberalen Koalition, in letzterem im außerparlamentarischen Status der Gruppierung begründet liegen dürfte. In den Augen der Bürger konnten sich beide Parteien jedoch in der folgenden Legislaturperiode rasch etablieren. Denn vor der Wahl 1987 schien der Wiedereinzug der Grünen beinahe absolut sicher; und auch die FDP sahen immerhin vier Fünftel der Bürger neuerlich im Parlament vertreten. Vor der Wahl 1994 deuteten die in der Wählerschaft kursierenden Einschätzungen der Erfolgsaussichten auf eine Umkehrung des Ergebnisses der Wiedervereinigungswahl 1990 hin. Hatte dieser Urnengang für die Liberalen unter außergewöhnlich guten Auspizien gestanden, sanken ihre wahrgenommenen Wahlchancen im Laufe der folgenden Legislaturperiode wieder deutlich ab. Anders bei den Bündnisgrünen, denen 1990 wider vieler Erwarten der Parlamentseinzug verwehrt blieb, die aber 1994 als beinahe sichere Mitglieder des neuen Bundestages galten. Der PDS wurden bei diesem Urnengang von den Westdeutschen nur geringe Chancen eingeräumt, was wohl nicht zuletzt dem Außenseitercharakter der SED-Nachfolgepartei in der ursprünglichen Bundesrepublik zuzuschreiben ist.

- Tabelle 1 etwa hier -

Wenden wir uns nun der Differenzierung nach der Richtung der Parteiidentifikation zu. Auf Grund der These, eine psychologische Bindung an eine politische Partei färbe die Wahrnehmung des politischen Geschehens und insbesondere die Perzeption der Wahlaussichten, sollten Befragte mit einer Affinität zur FDP, den Grünen oder der PDS die Chancen der jeweiligen Gruppierung weit günstiger einschätzen als der Durchschnitt der Befragten. Diese Vermutung bestätigt Tabelle 1 eindrucksvoll. 1983 nahmen Anhänger von

FDP und Grünen zu je 90% an, ihrer Partei werde der Einzug in den Bundestag gelingen, während die Befragten im Durchschnitt diese Meinung nur knapp zur Hälfte vertraten. Ähnlich, aber weniger ausgeprägt findet sich dieses Muster 1987, als die Anhänger die ohnehin gut erscheinenden Wahlaussichten von FDP und Grünen wiederum überschätzten. Ebenso hielten 1994 die Parteianhänger die Wahlaussichten ihrer Gruppierung für besser als die Gesamtbevölkerung. Und auch für die PDS gilt dieser Mechanismus, was sich an den überproportional guten Chancen ablesen läßt, die die linkssozialistischen Neiger ihrer Partei einräumen. Damit kann die These, die Identifikation mit einer Partei färbe die Realitätswahrnehmung und andere Einstellungen zugunsten der jeweiligen Gruppierung, als bestätigt gelten.

Die Filterwirkung beschränkt sich jedoch nicht auf die Anhänger der jeweiligen Gruppierung; vielmehr scheint die Verbindung von Parteien in einer zumindest potentiellen Regierungskoalition einen Ausstrahlungseffekt hervorzubringen. Denn in allen drei betrachteten Jahren legten die Anhänger der Unionsparteien den zweitgrößten Optimismus in bezug auf die FDP-Wahlchancen an den Tag. Ähnlich, wenn auch nicht derart deutlich hielten SPD-Neiger die Perspektiven der Grünen für besser als die übrigen Befragten.

Überdies legen die Befunde in Tabelle 1 die Vermutung nahe, eine Parteineigung beeinflusse nicht nur die Perzeption der Wahlchancen verbündeter, sondern auch gegnerischer Parteien. So halten die Unionsanhänger die Grünen durchweg für schlechter gerüstet im Bewerb um die Wählergunst als der Bevölkerungsdurchschnitt; ebenso liegen die Einschätzungen der SPD-nahen Befragten im Hinblick auf die liberalen Erfolgsaussichten unter dem Gesamtmittelwert. Ein ähnliches Muster findet sich bei Sympathisanten von FDP und Grünen. Denn letzterer Anhänger halten die Liberalen für weniger wettbewerbsfähig als die Befragten insgesamt; und auch für die Bewertung der grünen Aussichten seitens der bekennenden Liberalen gilt diese Regelmäßigkeit - wenn auch mit Ausnahmen.¹¹

Als einzige Gruppe haben die Bürger ohne Parteiaffinität unter keinerlei parteipolitischen Verzerrungen ihrer Wahrnehmung zu leiden. Deshalb erscheint die bestechende Präzision, mit der dieses Befragtensegment die Einschätzungen der Gesamtpopulation trifft, nur folgerichtig: Die größte Abweichung zwischen beiden Werten liegt bei vier Prozentpunkten, weshalb die Nicht-Identifizierer als neutral in ihrer Wahrnehmung der Wahlaussichten gelten können.

¹¹ Auf Grund der niedrigen Fallzahlen, die generell eine vorsichtige Deutung der Befunde zu den FDP-Identifizierern angeraten erscheinen lassen, sollten diese Ausreißer jedoch nicht überinterpretiert werden.

Diese Einzelbefunde fügen sich zu einem stimmigen Gesamtbild zusammen. Sofern sich jemand einer politischen Partei verbunden fühlt, so färbt diese psychologische Parteimitgliedschaft die Perzeption der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen politischen Angebote. Die eigene Partei wie auch zumindest potentielle Koalitionspartner erscheinen diesem Personenkreis aussichtsreicher als dem durchschnittlichen Bürger. Dagegen werden die Einschätzungen der Wahlchancen gegnerischer Gruppierungen nach unten korrigiert. Parteiidentifikationen fördern mithin eine zweckoptimistische Betrachtungsweise des politischen Marktes. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, daß Bürger ohne psychologische Bindung an eine Partei mit ihrer Einschätzung beinahe exakt das Urteil aller Befragten widerspiegeln, denn augenscheinlich können sie das politische Geschehen neutral - nur von politischen Periodeneffekten, die alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen tangieren, beeinflußt - beobachten.

Nachdem wir den Einfluß von Parteibindungen auf die Wahrnehmung der Erfolgsaussichten empirisch belegt haben, können wir uns nun der Frage zuwenden, inwieweit die perzipierten Wahlchancen die Stimmentscheidung beeinflussen. Diskutieren wir die Hypothese zunächst in bivariater Perspektive, erweist sich - wie der ersten Spalte von Tabelle 2 zu entnehmen ist - die Wahrnehmung der Wahlchancen der präferierten Partei als einflußreiche Größe; denn stets weichen die Sympathisanten mit günstiger Wahlprognose seltener von ihrer präferierten Partei ab als die Pessimisten. Lediglich 1983 tritt der Zusammenhang in statistisch nicht signifikanter Stärke, aber in der erwarteten Richtung auf. Verwendet man das simple bivariate Analyseinstrumentarium, finden sich mithin die erwarteten Effekte, die die These, die perzipierten Wahlaussichten der präferierten Partei hätten einen Einfluß auf die Wahlentscheidung, zu stützen vermögen.

Damit haben wir implizit zugleich gezeigt, daß die allein über das Auftreten einer bestimmten Merkmalskombination argumentierende Prüfung in allen drei Fällen der wasted vote-These einen quantitativ bedeutsamen Effekt zuschriebe. Denn damit sich eine signifikante Differenz in den Abweichlerraten zugunsten der Pessimisten unter den Sympathisanten der betrachteten kleinen Parteien ergeben kann, müssen sich überhaupt Befragte finden, die der präferierten Gruppierung keine Chance einräumen und dieser ihre Stimme verwehren. Unsere auf Kausalbeziehungen abzielende Methode läßt, einen positiven Befund vorausgesetzt, mithin einen unzweideutigen Schluß auf das qualitative Ergebnis der rein kategorisierenden Vorgehensweise zu, weshalb wir auf eine separate Darstellung deren Resultate an dieser Stelle verzichten können.

- Tabelle 2 etwa hier -

Führen wir in einem zweiten Schritt die vorgeschlagenen Kontrollgrößen ein, um zu klären, ob die Wahrnehmung der Wahlchancen einen genuine Effekt zeitige, finden wir unsere theoretisch begründeten Bedenken empirisch bestätigt. Denn, wie die letzte Spalte in Tabelle 2 zeigt, entfalten die Kontrollgrößen beinahe immer die ihnen zugeschriebenen Wirkungen in einer signifikant von Null verschiedenen Stärke - lediglich der erste Parteiidentifikationskoeffizient für die Wahl 1983 weist nicht das erwartete Vorzeichen auf, bleibt jedoch unter der Signifikanzgrenze. Die Identifikation mit der präferierten kleinen Partei hält die Wähler von taktisch erscheinenden Abweichungen von dieser ab, während eine psychologische Bindung an eine andere als die gegenwärtig bevorzugte Gruppierung derartige abweichende Wahlentscheidungen begünstigt. Überdies verschwindet in sämtlichen betrachteten Fällen die Wirkung der wahrgenommenen Wahlchancen, sobald man die theoretisch plausiblen Kontrollvariablen einführt. Folglich gibt es keinen genuine Effekt der perzipierten Wahlchancen auf das Stimmverhalten; und die vorfindlichen Konstellationen aus Präferenzen, Wahrnehmungen und Wahlabsichten lassen sich als Produkte psychologischer Rationalisierungsmechanismen interpretieren.

VI. Schlußbemerkungen

Ziel dieses Beitrages war es, die in der wasted vote-These postulierte Wirkung der Wahrnehmung der Wahlchancen vom parlamentarischen Aus bedrohter Parteien auf das Stimmverhalten zu untersuchen. Empirisch erweist sich bei bivariater Betrachtung die These, je schlechter die Erfolgsaussichten der bevorzugten kleinen Partei erschienen, um so eher wende sich ein Anhänger zu einer erfolgsversprechenderen Partei ab, als durchaus stichhaltig. Sobald man jedoch theoretisch abgeleitete Kontrollvariablen einführt, schrumpft der genuine Einfluß dieser Bewertung auf ein nicht mehr von Null zu unterscheidendes Maß. Folglich vermögen sozialpsychologische Rationalisierungsmechanismen die prima facie wie Ergebnisse eines raffinierten taktischen Kalküls anmutenden Konstellationen aus Wahrnehmungen und Verhaltensabsichten zu erklären.

Substantiell bedeutet dieses Resultat, daß taktisch gewieftes Wahlverhalten im Sinne des hier diskutierten Arguments eine weitaus geringere Bedeutung hat, als ein oberflächlicher Blick suggerieren könnte. Als Konsequenz unseres negativen Befundes erhebt sich die Frage, wie

es um die auf diese These gestützten Theorien auf der Systemebene bestellt sei. Denn wenn die wahrgenommenen Wahlchancen keine Wirkung auf das Stimmverhalten der Bürger zu zeitigen vermögen, bedarf es einer anderen Erklärung für den empirischen Zusammenhang zwischen dem Wahlsystem und dem Antlitz des Parteiensystems. Zu diesem Zweck bietet es sich an, die Erklärungslast vom Wahlverhalten auf die Aktivitäten der politischen Elite zu verlagern. Diese Verschiebung erscheint insofern sinnvoll, als die Mißachtung von Wahlsystemanreizen für Partieliten mit weitaus höheren Kosten verbunden ist als für die Wähler, weshalb jene diesen Imperativen eher gehorchen sollten (siehe Cox 1994: 615-616; alternativ schlägt Reed 1991 einen dem Prinzip ‚Versuch und Irrtum‘ verpflichteten Lernprozeß vor). In dieser Betrachtungsweise perzipieren die Parteiführer die voraussichtlichen Erfolgsaussichten der verschiedenen Gruppierungen und richten ihren Propagandaaufwand darauf ein, um keine Ressourcen zu verschwenden. Vor diesem Hintergrund darf man, auch wenn sich die Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre nicht mehr exakt rekonstruieren läßt, wohl von der Annahme auszugehen, daß sich die kontraktive Wirkung der bundesdeutschen Fünfprozent-Klausel eher den Fusionsbemühungen von Parteien verdankt, die die restriktive mechanische Wirkung der Sperrklausel zu spüren bekommen oder antizipiert haben, als taktischen Kalkülen in der Wählerschaft. Da der Eindruck, die Stimmbürger reagierten taktisch auf wahrgenommene Wahlchancen, die elitären Anpassungsversuche beschleunigen dürfte, sprechen unsere negativen Ergebnisse, sofern sie die Entscheidungen der Parteiführer beeinflussen, zugleich für eine Verlangsamung dieser Prozesse und für verzögerte Wirkungen des Wahlsystems auf das Parteiensystem.

Wahlkampfstrategen können aus unseren Ergebnissen folgern, daß sie sich in Westdeutschland weniger darum kümmern brauchen, die Chancen der jeweiligen Gruppierung in der Öffentlichkeit möglichst günstig erscheinen zu lassen. Statt dessen können die Parteien ihr Hauptaugenmerk darauf legen, viele Bürger affektiv an sich zu binden, so daß sich diese nicht von schlechten Meldungen über die Erfolgsaussichten in ihrer Wahlabsicht anfechten lassen. Sollten jedoch in den alten Bundesländern die Parteibindungen weiter abschmelzen und sich die ursprüngliche Bundesrepublik in einem Dealignment-Prozeß (vgl. Dalton/Rohrschneider 1990: 306, Falter/Schoen 1999; zum Dealignment-Begriff Inglehart/Hochstein 1972: 345-348) den ostdeutschen Verhältnissen annähern, wüchse die Bedeutung taktischer Überlegungen. Entsprechend muteten in der Zukunft Werbestrategien der Parteien, in eigener Sache Optimismus zu verbreiten, nicht mehr völlig unangemessen an, sondern erschienen im Gegenteil sinnvoll. In Ostdeutschland dürfte dies ob der geringeren

Verbreitung starker Parteiloyalitäten bereits heute der Fall – doch bedarf diese plausible These erst noch einer empirischen Überprüfung.

Allerdings haben die Parteien bei der Konzipierung ihrer Kampagnen die positiven Wirkungen, die optimistische Aussagen auf Grund der wasted vote-These erwarten lassen, gegen potentiell negative Effekte abzuwägen, die allzu großer Optimismus auf die Neigung mancher Wähler, ‘Stützstimmen’ zu vergeben, zeitigen kann. Jedoch können die Parteien in letzterer Hinsicht noch auf keine empirisch abgesicherten Erkenntnisse zurückgreifen, weshalb eine empirische Analyse des Stützstimmenarguments als Forschungsdesiderat angesehen werden kann. Ebenso wartet die Frage, inwieweit der Wunsch, keine Stimme zu verschenken, die Erststimmenvergabe bei Bundestagswahlen beeinflusse, auf eine systematische Analyse.

Unsere Überlegungen legen zugleich eine zweite Linie interessanter Forschungsfragen nahe. Denn augenscheinlich verdanken sich die bisherigen positiven Befunde zum taktischen Wahlverhalten in Deutschland einer verengten Perspektive, die nur vordergründig relevante Wahrnehmungen in Beziehung gesetzt hat, ohne deren Genese oder etwaige Drittvariablen zu berücksichtigen. Da solche Perspektivenartefakte nicht nur auf diesem Felde möglich erscheinen, kann unsere Analyse als Plädoyer gelesen werden, auch auf anderen Gebieten sinnvolle Argumente aus verschiedenen Zugängen zusammenzuführen. Zumindest sollte die hier vorgeschlagene Methode auf andere Wahlsysteme angewandt werden, um festzustellen, ob unsere Befunde an die Fünfprozentklausel geknüpft sind oder etwa auch auf die relative Mehrheitswahl im angelsächsischen Raum übertragen werden können.

Literatur

- Abramson, Paul R./Aldrich, John H./Paolino, Phil/Rohde, David, 1992: 'Sophisticated' Voting in the 1988 Presidential Primaries, in: *American Political Science Review* 86: 55-70.
- Achen, Christopher, 1992: Social Psychology, Demographic Variables, and Linear Regression: Breaking the Iron Triangle in Voting Research, in: *Political Behavior* 14: 195-211.
- Berger, Manfred, 1973: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 14: 215-225.
- Berger, Manfred, 1977: Stabilität und Intensität von Parteineigungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18: 501-509.
- Blais, André/Nadeau, Richard, 1996: Measuring Strategic Voting: A Two-Step Procedure, in: *Electoral Studies* 15: 39-52.
- Black, Jerome H., 1978: The Multicandidate Calculus of Voting: Application to Canadian Federal Elections, in: *American Journal of Political Science* 22: 609-638.
- Cain, Bruce E., 1978: Strategic Voting in Britain, in: *American Journal of Political Science* 22: 639-655.
- Campbell, Angus/ Gurin, Gerald/ Miller, Warren E., 1954: *The Voter Decides*, Evanston, IL: Row, Peterson and Company.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York: Wiley.
- Catt, Helena, 1989: Tactical Voting in Britain, in: *Parliamentary Affairs* 42: 548-559.
- Cox, Gary W., 1984: Strategic Electoral Choice in Multi-Member Districts: Approval Voting in Practice?, in: *American Journal of Political Science* 28: 722-738.
- Cox, Gary W., 1994: Strategic Voting Equilibria under the Single Nontransferable Vote, in: *American Political Science Review* 88: 608-621.
- Cox, Gary W., 1997: *Making Votes Count*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Dalton, Russell J./Rohrschneider, Robert, 1990: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987. S. 297-324 in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper and Row.
- Duverger, Maurice, 1959: *Die politischen Parteien*, Tübingen: Mohr Siebeck.

- Evans, Geoffrey/Heath, Anthony, 1993: A Tactical Error in the Analysis of Tactical Voting: A Response to Niemi, Whitten and Franklin, in: *British Journal of Political Science* 23: 131-137.
- Falter, Jürgen W., 1977: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18: 476-500.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1997: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994. S. 495-513 in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald, 1999: Wahlen und Wählerverhalten, in: Everhard Holtmann, Thomas Ellwein (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik. PVS-Sonderheft 1999* (im Erscheinen).
- Fiorina, Morris P., 1981: *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven: Yale University Press.
- Fisher, Stephen L., 1973: The Wasted Vote Thesis, in: *Comparative Politics* 6: 293-299.
- Gabriel, Oscar W., 1997: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. S. 233-254 in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Galbraith, John W./Rae, Nicol C., 1989: A Test of the Importance of Tactical Voting: Great Britain 1987, in: *British Journal of Political Science* 19: 126-136.
- Gerber, Alan/Green, Donald P., 1998: Rational Learning and Partisan Attitudes, in: *American Journal of Political Science* 42: 794-818.
- Gibbard, Alan, 1973: Manipulation of Voting Schemes: A General Result, in: *Econometrica* 41: 587-601.
- Gluchowski, Peter, 1978: Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. S. 265-323 in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker und Humblot.
- Gluchowski, Peter, 1983: Wählerfahrung und Parteiidentifikation: Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. S. 442-477 in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gunther, Richard, 1989: Electoral Laws, Party Systems, and Elites: The Case of Spain, in: *American Political Science Review* 83: 835-858.

- Hanfeld, Michael, 1994: Fünf Prozent oder nicht fünf Prozent, in: *Medienkritik* 17, Heft 41: 2-4.
- Inglehart, Ronald/Hochstein, Avram, 1972: Alignment and Dealignment of the Electorate in France and the United States, in: *Comparative Political Studies* 5: 343-372.
- Jesse, Eckhard, 1997: Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990. S. 59-83 in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Johnston, R.J./Pattie, C.J., 1991: Tactical Voting in Great Britain in 1983 and 1987: An Alternative Approach, in: *British Journal of Political Science* 21: 95-108.
- Jones, Mark P., 1993: The Political Consequences of Electoral Laws in Latin America and the Caribbean, in: *Electoral Studies* 12: 59-76.
- Kim, HeeMin/Fording, Richard C., 1998: Does Tactical Voting Matter?: The Political Impact of Tactical Voting in Recent British Elections, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Florida und Lexington.
- Leys, Colin, 1959: Models, Theories, and the Theory of Political Parties, in: *Political Studies* 8: 127-146.
- Meehl, Paul E., 1977: The Selfish Voter Paradox and the Thrown-away Vote Argument, in: *American Political Science Review* 71: 11-30.
- Niemi, Richard G./Whitten, Guy/Franklin, Mark N., 1992: Constituency Characteristics, Individual Characteristics and Tactical Voting in the 1987 British General Elections, in: *British Journal of Political Science* 1992: 229-240.
- Niemi, Richard G./Whitten, Guy/Franklin, Mark N., 1993: People Who Live in Glass Houses: A Response to Evans and Heath's Critique of our Note on Tactical Voting, in: *British Journal of Political Science* 23: 549-563.
- Norpoth, Helmut, 1978: Party Identification in West Germany, in: *Comparative Political Studies* 11: 36-61.
- Rae, Douglas W., 1971: *The political consequences of electoral laws*, 2.Auflage, New Haven: Yale University Press.
- Rattinger, Hans, 1980: Empirische Wahlforschung auf der Suche nach dem rationalen Wähler, in: *Zeitschrift für Politik* 27: 44-58.
- Rattinger, Hans, 1994a: Parteeinigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990-1992. S. 267-315 in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*, Frankfurt/Main: Peter Lang.

- Rattinger, Hans, 1994b: Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung. S. 77-104 in: Oskar Niedermayer, Klaus von Beyme (Hrsg.), Politische Kultur im vereinigten Deutschland, Berlin: Akademie Verlag.
- Reed, Steven R., 1990: Structure and Behaviour: Extending Duverger's Law to the Japanese Case, in: British Journal of Political Science 20: 335-356.
- Riker, William H., 1982: The Two-Party System and Duverger's Law: An Essay on the History of Political Science, in: American Political Science Review 76: 753-766.
- Sartori, Giovanni, 1968: Political Development and Political Engineering. S. 261-298 in: John D. Montgomery, Albert O. Hirschman (eds.), Public Policy, Cambridge.
- Satterthwaite, Mark A., 1975: Strategy-Proofness and Arrow's Conditions: Existence and Correspondence Theorems for Voting Procedures and Social Welfare Functions, in: Journal of Economic Theory 10: 187-217.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 1993: Denn sie wissen nicht, was sie tun.... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24: 393-415.
- Schüttemeyer, Suzanne S., 1986: Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Shively, W. Phillips, 1970: The Elusive 'Psychological Factor', in: Comparative Politics 3: 115-125.
- Simon, Herbert A., 1957: Bandwagon and Underdog Effects. S. 79-87 in: Herbert A. Simon (ed.), Models of Man: Social and Rational, New York: Wiley.
- Spafford, Duff, 1972: Electoral Systems and Voter's Behavior, in: Comparative Politics 5: 129-134.
- Taagepera, Rein/Shugart, Matthew S., 1989: Seats and Votes, New Haven: Yale University Press.
- Thurner, Paul W./Pappi, Franz Urban, 1998: Measuring and Explaining Strategic Voting in the German Electoral System, Paper presented at the Annual Meeting of the APSA, Boston.
- Urban, Dieter, 1993: Logit-Analyse, Stuttgart: G. Fischer.

Tabelle 1: Einschätzung der Wahlchancen von FDP, Grünen und PDS bei den Bundestagswahlen 1983, 1987 und 1994 nach Parteiidentifikation (Prozentanteil derjenigen, die in der jeweiligen Identifizierungsgruppe mit dem Bundestagseinzug einer kleinen Partei rechnen)

Wahl	Partei		
	FDP	Grüne	PDS
1983	46	48	-
SPD	21	57	-
CDU/CSU	68	35	-
FDP*	90	35	-
Grüne	30	89	-
andere*	58	44	-
keine Parteiidentifikation	50	48	-
1987	79	92	-
SPD	70	95	-
CDU/CSU	88	89	-
FDP*	100	91	-
Grüne	73	100	-
andere*	51	100	-
keine Parteiidentifikation	78	94	-
1994	54	84	43
SPD	42	86	43
CDU/CSU	69	82	42
FDP	69	92	50
Grüne	41	99	59
PDS*	0	100	100
andere*	27	75	43
keine Parteiidentifikation	52	84	43

* Die Fallzahl liegt bei maximal 30.

Tabelle 2: Regression der Absicht zu taktisch abweichendem Wahlverhalten auf die Wahrnehmung der Erfolgsaussichten der präferierten Partei und Kontrollvariablen

Wahl	abhängige Variable: taktisch interpretierbare Abweichung	
1983 (N=85)		
wahrgenommene Wahlchancen	-,16	,07
Identifikation mit der präferierten Partei		,08
Identifikation mit der gewählten, aber nicht präferierten Partei		,43 c
Konstante	,52 a	,01
korrigiertes R ²	,02	,16
1987 (N=279)		
wahrgenommene Wahlchancen	-,22 c	-,02
Identifikation mit der präferierten Partei		-,38 c
Identifikation mit der gewählten, aber nicht präferierten Partei		,52 c
Konstante	1,16 c	,51 c
korrigiertes R ²	,04	,62
1994 (N=307)		
wahrgenommene Wahlchancen	-,24 c	-,05
Identifikation mit der präferierten Partei		-,17 c
Identifikation mit der gewählten, aber nicht präferierten Partei		,52 c
Konstante	,68 c	,41 c
korrigiertes R ²	,06	,37

Angegeben sind standardisierte Regressionskoeffizienten; soweit nicht anders vermerkt, sind diese statistisch insignifikant. Signifikanzniveaus: a: $p < ,05$; b: $p < ,01$; c: $p < ,001$.